Berliner Tageblatt

XIII. Jahrg. Nr. 23 — 5. Juni 1924

Wochen-Ausgabe für Ausland und Uebersee

scheint Donnerstag: Bezugspreis für das Ausland: jährl. 12 Aegypten 25 sh, Argentinien 15 Peso p., Belgien 90 Frs., 1 \$ U.S.A., Brasilien 30 Milreis, Bulgarien 600 Lewa, 1 \$ U.S.A., China 25 sh, Columbien 5 \$ U.S.A., Dänemark 18 Peso p., China 25 sh, Columbien 5 \$ U.S.A., Dänemark Kr., Ecuador 5 \$ U.S.A., Estland 1600 estn. M., Finnland 200 M., Frankreich 90 Frs., Griechenland 320 Drachmen, Kr., Italien 75 Lire, Kol. 25 sh, Holland 15 fl., Italien 75 Lire, Lettland 1200 lettl. Rub., Luxemburg 90 Frs., Mexiko u. Kuba 5 \$ U.S.A., Norwegen 25 Kr., Oesterreich 60 Lit, Paraguay 15 arg. Peso p., Peru 1¼ Lp., Polen 600 österr. Kr., Portugal 12 Esc. Rumänien 600 Lei, Schweden 20 Kr., Schweiz 30 Fr., Spanien 30 Pesetas, Tschechoslowakei 150 Kr., Türkei 25 sh, Uruguay 6 Peso oro, Venezuela 5 \$ U.S.A., Vereinigte Staaten (U.S.A.) 5 \$, Zentralamerika 5 \$ U.S.A.

Anzeigen für die zwölfgespaltene Nonpareillezeile (Rudolf Mosse-Normalzeilenmesser 4) 0.60 Goldmark freibleibend. Rubrik Deutsche Waren 0,75 Goldmark für die 27 mm breite Zeile. Alleinige Anzeigen-Annahme: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin SW 19, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Halle a. S., Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart, Prag, Wien, Budapest, Warschau, Basel, Zürich. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse, Berlin. Telegr.-Adr.: „Berlibla" Berlin. — Rudolf Mosse-Code.

Die unvermeidliche Annahme des Gutachtens.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Paul Rohrbach.

Ich war einige Monate in den Vereinigten Staaten für die utsche Studentenhilfe tätig, habe mich dabei auch genug um Politik gekümmert und finde, eben nach Deutschland zurückehrt, dass die Debatte um das Gutachten der Sachverständi-, den sogenannten Dawes-Bericht, etwas zu sehr von der rein senpolitischen Seite der Sache absieht, speziell was Amerika cht. Es scheint eine Menge Leute in Deutschland zu geben, nentlich auf der Rechten, die da glauben, wir könnten schen Annahme und Ablehnung wählen, und es scheint auch ge zu geben, namentlich auf der Linken, die da glauben, Annahme könne mehr oder weniger gefahrlos geschehen. In rklichkeit steht es so, dass die Annahme einen zweifelhaften schluss bedeutet — die Ablehnung aber trotzdem unglich ist.

Wer keine Selbsttäuschungen liebt oder nicht aussenpolitisch wissend ist, muss zugeben, dass die Entscheidung in all den gen, mit denen der Dawes-Bericht sich beschäftigt, letzten des bei Amerika liegt. Man ist in Amerika im allgemeinen der wohlwollend gegen Deutschland, noch gut unterrichtet r die deutschen Verhältnisse. Nach beiden Richtungen hin nten wir uns einen viel besseren Schiedsrichter wünschen. Er aber leider nicht da. Dagegen ist erika die einzige Macht, die imnde ist, der gegenwärtigen engchen Politik, die im Interesse Engds bis zu einer gewissen Grenze uns Dasein erleichtern will, den notdigen Rückhalt zu geben. Wer Beef danach hat, kann ja dabei auch ch von Vernunft und Gerechtigkeit en, aber eine primär bewegende lle spielen diese Begriffe nur in igen wenigen der massgebenden pfe. Es genügt ja auch praktisch, m Not und Bedürfnis die Bewegung Gang bringen.

Der englischen Politik ist gelungen, Amerika zu dem sehr eutsamen Schritt über die vordem gehaltene Linie der Nicht-wiedermischung hinaus zu bewegen, dass Amerikaner, Herr Dawes, mit Leitung der Sachverständigenmission betraut wurde, deren Gutten jetzt vorliegt. Nicht nur das, dern auch die amerikanische öffentche Meinung, die wichtiger ist als die erikanische Regierung, hat zu dem wes-Bericht alsbald die Stellung ein-ommen, dass er eine amerikaische politische Tat zur Entung des europäischen Chaos sei. will für jeden, der die Verhältnisse nt, viel sagen, denn es bedeutet die deraufnahme des Interesses an opa. Der Durchschnittsamerikaner gibt nur verschwindend wenig erikaner, die nicht Durchschnittserikaner sind) denkt: Also, wir haben ndlich doch mit an den Karren gegt und haben ihn natürlich gleich rsten Anlauf aus dem Sumpf ge-n!

s ist ziemlich gleichgültig, wie das in bezug auf den Dawes-Bericht ieser Form richtig ist. Jedenfalls auch objektiv eine amerikanische Leistung vor. Den unbaren Erfolg dabei hat die Regierung Ramsay cDonalds davongetragen. Englands Interesse besteht nicht in Erleichterungen für Deutschland, die in weltwirtschaftr Beziehung und damit auch auf den englischen Arbeitsrkt günstig wirken, sondern auch in einem Zwang auf Frankch, die französische Finanzwirtschaft auf den Abbau der ristisch-ökonomischen Hegemonie in Europa einzustellen. se Aufgabe erfüllt der Dawes-Bericht gegenüber Frankreich viel grösserer Sicherheit, als er imstande ist, die von Deutschd geforderten Leistungen sicherzustellen. Wer das nicht von er sieht, der braucht nur einen Artikel wie den von Professor erson in der „New Republic" (New York) vom 27. April d. J. rsen. Patterson ist der führende Nationalökonom an der versität in Philadelphia. Er war im verflossenen Winter als trauensmann des Ministers Hoover in Deutschland.

In derselben Nummer steht ein anderer Artikel über den cht: von J. M. Keynes. Dieser betont gleichfalls, wie er tragbar viele Punkte in dem Bericht für Deutschland. Im übrigen deutet er seine Meinung, dass der Bericht esslich wohl nicht mit allen Details zum Verschlucken gel werden wird, mit den ironischen Sätzen an: Die Verfasser Berichts hätten nach der Regel gehandelt, dass, wenn ein ünftiger in einem Tollhaus sei, er seine Worte manchmal Rücksicht auf seine Umgebung wählen müsse; glücklicherhätten sie aber dabei gezeigt, dass sie selber vernünftig eben seien. Das ist eine ganz originelle Verbindung eines pliments für Herrn Dawes mit einer Ohrfeige für Poincaré seine Gefolgschaft, und zugleich die englische Umschreibung en von Patterson direkt ausgesprochenen Satz, Deutschland ab 1929 natürlich nur dann die 2½ Milliarden Goldmark ch bezahlen, wenn es sie aus den Ueberschüssen r Ausfuhr über die Einfuhr würde hereinholen können. en wir das wirklich können, dann würde der Leidtragende wohl in erster Linie England sein, in zweiter Amerika.

Die vier Hauptpunkte, in denen der Dawes-Bericht für schland gefährlich ist, sind folgende: Erstens: er enthält verdene Handhaben zu weitgehender Auslieferung der Zentralne des deutschen Wirtschaftslebens an fremde Kontrolle. rdnet das noch nicht an, aber er sieht die Möglichkeit falls Deutschland das Verlangte nicht leistet, und er enthält Garantie, dass in dem Fall ein objektives Feststellungsfahren eingeschlagen wird.

Zweitens: alle wichtigen Forderungen, die der Bericht zugunsten Deutschlands aufstellt, zum Beispiel in der Ruhr- und Rheinfrage, sind keine Muss forderungen, sondern blosse Sollforderungen, bei denen ausserdem nicht gesagt ist, welche Konsequenzen eintreten sollen, wenn Franzosen und Belgier sie nicht erfüllen. Allerdings sind sie vielfach sehr deutlich als die Grundlage des ganzen Gutachtens bezeichnet und das Gutachten bricht, wie seine Verfasser ausdrücklich anerkennen, zusammen, wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt werden. Man kann also sagen, dass insofern doch eine starke Bindung vorhanden ist.

Drittens: es ist kein wirkliches Moratorium bewilligt. Nur für das Jahr 1924 ist noch keine schwer aufzubringende Leistung festgesetzt, und diese „Atempause" für die deutsche Wirtschaft genügt nicht. Laufen doch zurzeit sogar noch die Micumverträge!

Viertens: schon von 1928 an sieht das Zahlungsschema so hoch geschraubte Leistungen für Deutschland vor, dass man die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung vernünftigerweise für nicht gross erklären muss. Nur wenn eine unerwartet günstige Entwicklung eintreten sollte, könnte sich eine Möglichkeit ergeben — indes, wie gesagt, auf Kosten aller Konkurrenten Deutschlands in der Weltwirtschaft.

Darauf, dass die Endsumme der deutschen Verpflichtungen fehlt, möchte ich kein entscheidendes Gewicht legen, denn einerseits ist leicht zu sehen, dass sie nicht zum Schaden, sondern im Interesse der Sache fortgelassen ist, und anderseits lässt sich der ungefähre, nicht exzessiv hohe Betrag, der den Verfassern des Berichts vorgeschwebt hat, auf indirektem Wege aus dem Bericht selbst berechnen. Es ist nicht nötig, sich hierüber zu verbreiten.

Günstig für Deutschland ist erstens die Vorschrift (diesmal eine Mussvorschrift), dass, wie hoch und wie geartet auch immer die Forderungen an Deutschland zu gegebener Zeit sein mögen, doch nichts geschehen dürfe, wodurch die wiederhergestellte deutsche Währung in Gefahr geriete. Diese Vorschrift steht im Zentrum des Berichts, und wenn sie durchgeführt wird, so schiebt sie schon für sich einen Riegel gegen erneutes Ausblutenlassen unserer Wirtschaft vor.

Zweitens wird anerkannt, dass zwischen dem baren Lebensminimum für das deutsche Volk und dem Höchstbetrag der Entschädigungszahlungen noch ein gewisser Spielraum für erneute Kapitalbildung in Deutschland zu bleiben hat.

Drittens sind in den uns abverlangten Jahresbeträgen von da an, wo der Bericht in Kraft tritt, alle bisherigen Sonderleistungen neben der sogenannten Reparation mit einbegriffen, wie Besatzungskosten, angeforderte Bauten und Einrichtungen, Kommissionen, Enquêten usw., einschliesslich der Kosten aller Stellen, die für die Durchführung des Berichts selbst zu schaffen sind.

Dass diese ganze Bilanz auf deutscher Seite nicht ohne Sorge angesehen werden kann, liegt auf der Hand. Politisch gesprochen ist der Dawes-Bericht zunächst ein Erfolg Englands. England wünscht dies Instrument vor allen Dingen so zu handhaben, dass es seinen Interessen, d. h. der allgemeinen Wiederbelebung der Weltwirtschaft, der Hebung des englischen Exports, der Verminderung der Arbeitslosigkeit und der Einschränkung der französischen Machtgelüste dient, die England sowohl politisch als auch wirtschaftlich gefährden. Die amerikanischen Interessen laufen den englischen teils parallel, teils widersprechen sie ihnen nicht. Die Hauptsache aber ist, dass die öffentliche Meinung in Amerika sich den Dawes-Bericht als ein amerikanisches Produkt innerlich angeeignet hat und Amerika dabei engagiert sieht; zugleich mit der Vorstellung, Deutschland ein grosses Wohlwollen bewiesen zu haben. Aus der Gesamtlage folgt also, dass Abstand nehmen, weil sie uns sofort isolieren und die noch sehr dünnen Wände unserer wirtschaftlichen Nothauten zusammenfallen lassen würde. Umgekehrt ist es sicher, dass nach offener und aufrichtiger Annahme des Gutachtens — Verhandlungen über Einzelheiten und über Ausführungsbestimmungen vorbehalten — unsere im Augenblick höchst kritische Wirtschaftslage sich entspannen und festigen wird. Vor allen Dingen wird es von aussen und innen wieder Vertrauen, Geld und Kredit geben. Wir stehen wahrhaftig so nahe am Abgrund, dass es, objektiv gesprochen, grenzenlos dumm oder grenzenlos verblendet ist, mit Ablehnung oder Verzögerung zu jonglieren, über die wir, ehe die Schuldigen sich's versehen, schon abgestürzt sein können.

Man mag dergleichen tun, wenn man unbeschadet eines naiven Patriotismus sich für die Politik ungefähr so einstellt wie ein junger Ochse fürs Kleefeld, oder wenn man durch besondere Partei- oder Geschäftsscheuklappen am Ausblick ins Weite verhindert ist. Das ist jedesmal ein Unglück für den, den es trifft, aber es darf daraus kein Unglück fürs Ganze werden.

Der österreichische Bundeskanzler, Prälat Dr. Seipel (in der Mitte), der durch die Kugel eines Attentäters schwer verletzt wurde.

Seipel bei seinem letzten Besuch in Berlin.

Der Zwischenfall.

Von unserem Sonderkorrespondenten

Paul Scheffer.

Die nachstehenden Ausführungen unseres Mitarbeiters zeigen, wie auf dem Beobachtungsposten in Moskau der deutsch-russische Zwischenfall und seine Folgen sich darstellen. Die Redaktion.

Moskau, im Mai.

Von vornherein war der polizeiliche Besuch in der Lindenstrasse, er selbst und seine weitere Behandlung von grundsätzlicher Bedeutung für die Russen. Wenn also in Berlin die Parole ausgegeben wurde, der Zwischenfall sei harmlos und unbedeutend, so war diese Parole nichts weniger als harmlos. Sie legte den stärksten Gegensatz fest, der zur russischen Auffassung möglich war. Es gibt Fälle, in denen die Sache des eigenen Landes zu verteidigen nicht bedeutet, dass man die Politik des eigenen Landes verteidigt. Es stehen grosse Angelegenheiten unserer nationalen Sache auf dem Spiel: die mühsam begonnenen Anfänge des Fundamentes unserer aussenpolitischen Zukunft. Sollen sie, auf lange Zeit, zerschlagen werden? Wofür? Dass von Moskau aus, aus dem nüchternen Riesenhaus des „Comintern" am Kreml, subversive und laute Propaganda in Deutschland gegen die bestehende soziale und politische Ordnung geführt wird, ist bekannt. Dass sie den deutschen Sicherheitsorganen eine mühselige, aufreibende, wahrscheinlich kostspielige Arbeit macht, auch. Dass der Kampf gegen unseren Staat mit allen Mitteln geführt wird, ist unbestreitbar. Dass wir ihn in Schach zu halten die Kraft haben, hat sich bewiesen. Und dass er an Rücksichtslosigkeit nur zunehmen würde, wenn sich die positiven Beziehungen zu Sowjetrussland lösten, ist mehr als wahrscheinlich. Welche vernünftige Begründung steht also denen zur Verfügung, die unter Opferung unserer positiven, aufblühenden Beziehungen zum russischen Osten sich die Handelsvertretung ausgesucht haben, um ein Exempel zu statuieren? Es ist ohne Zweck ein Interesse dem anderen geopfert, vor allen Dingen: es ist das grössere Interesse dem minderen untergeordnet worden. Man kann es auch anders sagen: Die Exekutive hat sich Entscheidungen angemasst, die nur die Direktive treffen konnte. Es ist ein beunruhigendes, unser Ansehen und unsere internationale Bindungsfähigkeit schädigendes Schauspiel, wenn die Reichs- oder Landesbehörde, der die Polizei untersteht, in das Gebiet des Aussenamts ungeniert auf so empfindliche Weise eingreift, ohne jede Rücksicht auf die Folgen. Dann kann auch das Verkehrsministerium individuelle Aussenpolitik treiben oder das Justizministerium.

Die Folgen bestanden hier zunächst darin, dass das Aussenamt des Komplottes mit der Polizei verdächtig schien. Das wird hier wohl kaum mehr geglaubt, aber dafür ist unsere Staatsmaschine an ihren leitenden Stellen kompromittiert. Diejenigen sind sehr weit von Staatsgefühl und Vaterlandsliebe entfernt, die eine solche Desorganisation der Verantwortungen betreiben. So wird mehr als durch alle landläufige „Propaganda" das Ansehen des Staates erschüttert.

Unser aussenpolitisches Interesse an Sowjetrussland muss gerade heute unvergleichlich grösser sein als die Rücksicht auf die Antriebe, die von Moskau aus die kommunistische Umsturzpolitik im Innern unseres Landes erhält. Acht Tage nach dem Unternehmen der Polizei fanden die französischen Wahlen statt. Der Ruck nach links war damals schon mehr als wahrscheinlich. Er bedeutete den Beginn der Durchführung des Programms, das für diesen Fall schon Herriot und andere im vorigen Jahre entworfen hatten. Es ist gar kein Zweifel, wenn es auch paradox klingt, dass die Sicherungspolitik Poincarés, des Bloc national, durch das Herriot-Programm, an dem ja schliesslich auch Poincaristen mitgearbeitet haben, Aussichten erhält, die ihm bisher verspertt waren. Die Finanzinteressen, der Rechtsstandpunkt der französischen Grossbourgeoisie unter Poincarés Führung versperrten ihren eigenen politischen Zielen den Weg. Herriot wird die Auseinandersetzung über den zaristischen Nachlass nun mit weicherer Hand führen. Aber die französische Politik wird dafür um so mehr Spielraum erhalten für den Versuch im Sinne Poincarés, die Randstaaten aus ihrer Klemme zwischen Deutschland und Russland zu befreien. Denn sie wird den Druck der östlichen Klammerhälfte, den Druck Russlands, auf das Gürtelsystem von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, nach Möglichkeit zu verringern suchen. Dafür stehen viele Formen und Grade einer beweglichen und scharf berechnenden Diplomatie zur Verfügung. Sie wird dann weiter grosse Anstrengungen machen, um den Osten gegen Deutschland zusammenzuführen. Auch wenn Russland ein wenig nur einlenkt, ist Frankreich bereits um vieles erleichtert. Es gibt Gründe zu glauben, dass